

# Mehrheit mit AfD-Stimmen: Ist die Kritik der Kirchen richtig?

Kreis Reutlingen Der CDU-Abgeordnete Michael Donth verteidigt seine Partei. Dekan Hermann Friedl erinnert an die positiven Seiten der Migration.

Von **Regine Lotterer**



Hunderttausende sind in den vergangenen Tagen auf die Straße gegangen, um ihre Kritik am Rechtsruck in der Bundesrepublik und damit verbunden mit dem Kurs von Friedrich Merz in der Migrationsdebatte zu bekunden. Dem CDU-Parteichef werfen die Demonstranten einen Tabubruch vor, weil er es in Kauf genommen hat, Anträge mit Stimmen der AfD durchs Parlament zu bringen. Vor einem solchen Schritt hatten nicht zuletzt die beiden großen christlichen Kirchen in einer Stellungnahme gewarnt. Gut eine Woche ist seither ins Land gezogen, in der die Beteiligten Zeit hatten, die Ereignisse sacken zu lassen.

CDU-Mann Michael Donth, der den Wahlkreis Reutlingen seit 2013 in Berlin vertritt, ist gläubiger Katholik. Deshalb hätten ihn die Äußerungen der Kirchen natürlich nachdenklich gemacht, sagt er. „Nach der Abstimmung habe ich auch Nachrichten von Pfarrern erhalten.“ Allerdings habe sich die Deutsche Bischofskonferenz wenig später vom CDU-kritischen Schreiben distanziert. Als Christ habe ihn enttäuscht, dass die Verfasser des Briefes außer Acht lassen würden, „dass sich der Staat auch um die Sicherheit der Menschen im Land kümmern muss“. Dies war und sei Inhalt der CDU-Anträge gewesen. „Christen dürfen eine restriktive Migrationspolitik wollen, ohne dass man ihnen die christliche Gesinnung abspricht.“

Natürlich haben mich die Äußerungen der Kirchen nachdenklich gemacht.

Michael Donth

CDU-Bundestagsabgeordneter

Denen helfen, die in Not sind

Außerdem werde in dem Schreiben der Kirchen verkannt, dass die Bundesrepublik seit 2015 so viele Flüchtlinge aufgenommen habe, wie kein anderes europäisches Land. „Es gibt einen nachweislichen Zusammenhang zwischen Migrationsproblemen und innerer Sicherheit“, sagt Michael Donth. Die Politik müsse deshalb handeln, da der innere Frieden im Land bedroht sei. Die Bundesrepublik sei inzwischen in vielen Bereichen überfordert, „das sieht man zum Beispiel in Arztpraxen, an Kindergärten, Schulen und wenn es um fehlende Wohnungen geht“. Eine gute Integration sei nicht mehr möglich „weil wir die Rahmenbedingungen hierfür nicht mehr leisten können“. Das würden ihm auch Flüchtlingshelfer bestätigen. Gerade wegen der deutschen Geschichte und als Christen „sind wir doch verpflichtet, denen zu helfen, die wirklich in Not sind“. Deshalb wollte die CDU Zuwanderung auf ein Maß begrenzen, durch das Land und Gesellschaft nicht überlastet werden. Damit werde zugleich den Populisten der AfD der Nährboden entzogen.

Dass die CDU jetzt von einem Teil der Demonstranten in „die extrem rechte Ecke gedrängt“ und auf die gleiche Ebene wie die AfD gestellt werde, „finde ich falsch, spalterisch und antidemokratisch“. Die CDU sei eine zutiefst demokratische Partei und werde auch weiterhin nicht mit der AfD zusammenarbeiten, versichert Donth.

Grundgebot der Liebe

Die sich zuspitzende Migrationsdebatte und das CDU-kritische Schreiben der Kirchen treibt Hermann Friedl, den Leiter des katholischen Dekanats Reutlingen-Zwiefalten, ebenfalls um. Der Pfarrer plädiert dafür, das Thema Migration differenziert zu betrachten, in der Diskussion jedoch stets die Menschenwürde und das christliche Grundgebot der Liebe in den Mittelpunkt zu stellen. Das sei auch die Botschaft, die noch vom Weihnachtsfest nachhalle. „Gott wird Mensch.“ Er komme aber nicht als Christ, Muslim, Atheist „oder sonst etwas“ in die Welt. „Das ist die Grundbotschaft, die wir zu leben versuchen.“

Auf der anderen Seite spüre er die Unsicherheit, die im Land herrsche, sagt Friedl, teilweise auch unter den Gläubigen in seiner Gemeinde. Die Menschen sorgten sich nicht zuletzt um ihre wirtschaftliche Situation. Klar sei für sie indessen, nur die Parteien aus dem demokratischen Spektrum zu unterstützen. Dieses Bekenntnis erfolge insbesondere mit dem Blick auf die deutsche Geschichte, betont Friedl. Der Dekan weiß freilich auch, dass nicht nur Menschen in die Bundesrepublik kommen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil sie aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Sie kommen, weil sie am Wohlstand teilhaben wollen. Die Grenzkontrollen zu verschärfen, sehe er daher nicht als Diskriminierung, sondern als wichtigen Punkt, Ordnung zu schaffen und zu erhalten, sagt Friedl. „Wenn man die Sache laufen lässt, wird es schwierig.“ Es gelte, Verantwortung zu tragen.

Gleichzeitig ist es Hermann Friedl wichtig, die positiven Seiten der Migration in einer längst globalisierten Welt zu betonen. „Und zwar nicht nur wegen des Fachkräftemangels.“ Er komme beispielsweise mit vielen Priestern aus unterschiedlichen Kulturkreisen zusammen.

Das sei eine Bereicherung, man lerne voneinander und erfahre mehr über die Gedankenwelt des anderen.

### Sorgfältig abwägen

Anders gesagt, es ist eine Zwickmühle, die den Pfarrer an den großen Kirchenlehrer Thomas von Aquin denken lässt. Dieser hat schon vor mehr als 1000 Jahren geraten, in einer schwierigen Situation genau abzuwägen und sich dann für das kleinere Übel zu entscheiden. „Das ist ein Maßstab, der mich beschäftigt.“ Einerseits gebe es Menschen in Not, auf der anderen Seite stünden jene, die die Hilfsbereitschaft ausnützten. Diese Erfahrung ist Friedl nicht fremd: Regelmäßig stehen Hilfesuchende vor seiner Türe, nicht immer erzählen sie ihm die Wahrheit. Dennoch versuche er, zunächst immer das Gute im anderen zu sehen, „da ist zuerst einmal ein Mensch“.

Dass sich die Kirche in gesellschaftlichen Debatten vernehmbar, aber nicht parteiisch zu Wort meldet, ist für Hermann Friedl keine Frage: „Jesus hat uns vorgelebt, um was es geht, mit allen Konsequenzen.“ Kirche sei im besten Sinne öffentlich. Mit Blick auf die Kritik an Friedrich Merz' Vorstoß, nimmt Friedl indessen auch die anderen Parteien der Mitte in die Pflicht. Er findet, die Politiker des demokratischen Spektrums hätten sich auf einen Kompromiss einigen sollen. Wenn jeder stur in seiner Rolle verharre, „kommen wir nicht weiter“.



Dekan Hermann Friedl



Michael Donth (CDU)